

Neue Zürcher Zeitung

# Die spektakuläre Flucht des Dalai Lama vor seinen chinesischen Häschern

Am 17. März 1959 musste der Dalai Lama seine tibetische Heimat wohl für immer verlassen. Er entkam dem chinesischen Militär nur knapp. Für Peking ist der Dalai Lama auch sechzig Jahre danach die Personifikation des bösen Separatisten.

---

Matthias Müller, Peking 14.3.2019, 11:00 Uhr

Die Erinnerungen an die Ereignisse vor sechzig Jahren werden das geistliche Oberhaupt der tibetischen Buddhisten wohl bis zu seinem Lebensende nicht loslassen. Am 17. März 1959 musste der damals 23 Jahre alte 14. Dalai Lama seine Heimat fluchtartig verlassen. Seitdem hat er nie mehr tibetischen Boden betreten dürfen.

Auch sechs Jahrzehnte nach der Flucht ist der charismatische Dalai Lama für die biedereren chinesischen Machthaber noch immer die Personifikation des bösen Separatisten. Dies, obwohl er sich für einen Verbleib der tibetischen Gebiete in der Volksrepublik ausspricht. Derzeit gibt es wegen der harten Haltung Pekings keine Anzeichen dafür, dass der mittlerweile 83-jährige Dalai Lama noch einmal in seine Heimat wird zurückkehren dürfen.

Der Flucht war eine harmlos erscheinende Einladung der chinesischen Volksbefreiungsarmee vorausgegangen, die etwas ausserhalb von Lhasa ihren Hauptsitz hatte. Die Spitze des in Tibet verhassten chinesischen Militärs lud den Dalai Lama [zu einer Tanzveranstaltung am 10. März ein](#). Es gab jedoch eine Bedingung: Die bewaffnete Leibwache durfte den Dalai Lama nicht begleiten.

Die Tibeter witterten eine Falle. Sie befürchteten, dass die Chinesen ihr geistliches Oberhaupt verhaften und nach Peking verschleppen würden. Rund 30 000 Tibeter umstellten daraufhin den Sommerpalast Norbulingka und bildeten einen menschlichen Schutzschild für den Dalai Lama. In den folgenden Tagen verschärfte sich die Proteste gegen die chinesischen Besatzer. Die Rufe nach der Unabhängigkeit Tibets wurden lauter.

## Als Soldat verkleidet durch den Himalaja

Am 16. März brachte die Volksbefreiungsarmee schwere Artillerie in Reichweite von Lhasa und in der Nähe der Sommerresidenz in Stellung. Für die Tibeter war dieses Vorgehen das Zeichen, dass ein chinesischer Angriff unmittelbar bevorstand. So kam es: Am Nachmittag des 17. März feuerten die Chinesen Mörsergranaten auf den Palast.

In seiner Autobiografie «Mein Leben und mein Volk» schreibt der Dalai Lama:  
 «Nun hatten die chinesischen Granatwerfer das Warnzeichen des Todes gegeben. Jeder Beamte innerhalb des Palastes, jedes noch so bescheidene Mitglied des grossen Gefolges ringsum dachte jetzt nur eines: wie mein Leben geschützt werden konnte. Und das hiess, dass ich den Palast und die Stadt sofort verlassen musste.»

Am 17. März gegen 22 Uhr brach der eine Soldatenuniform tragende Dalai Lama in Richtung indische Grenze auf. Nach dem beschwerlichen Weg durch den Himalaja erreichten er und seine kleine Entourage am 31. März den Khenzimane-Pass, wo er schliesslich indisches Staatsgebiet betrat. Am 3. April 1959 erklärte der indische Ministerpräsident Jawaharlal Nehru im Parlament, seine Regierung habe dem Dalai Lama Asyl gewährt. Ende April richtete der Geflüchtete in der nordindischen Stadt Mussoorie die tibetische Exilregierung ein, die später nach Dharamsala verlegt wurde.

In Lhasa waren unterdessen am Abend des 19. März heftige Kämpfe zwischen tibetischen und chinesischen Truppen ausgebrochen. Laut Schätzungen kamen in den darauffolgenden Tagen in Lhasa 86 000 Tibeter ums Leben. Zahlreiche tibetische Kulturgüter wurden zerstört. Tausende Mönche seien entweder auf der Stelle getötet, zur Zwangsarbeit verschleppt oder deportiert worden, [schreibt Tseten Samdup](#), der Repräsentant des Dalai Lama in Genf.



Quelle: Dalai-Lama-Autobiographie «Mein Leben und mein Volk»

China steht wegen der repressiven Tibet-Politik weltweit seit Jahrzehnten in der Kritik. Diese prallt jedoch an den Machthabern ab. Nach der Lesart Pekings sind die tibetischen Gebiete bereits während der Yuan-Dynastie – zwischen 1279 und 1368 – in das chinesische Staatsgebiet eingegliedert worden. Später, während der Qing-Dynastie (1616 bis 1912), hatte Tibet den Status eines mit China assoziierten Gebiets: Peking war für die Aussenpolitik und das Militär zuständig; sonst verwaltete Tibet sich selbst. Mit dem Ende der Qing-Dynastie und der Abdankung des letzten Kaisers, Puyi, erklärte der 13. Dalai Lama Tibet für unabhängig. Als die noch junge Volksrepublik China Tibet 1950 besetzte, hatte jedoch keine ausländische Regierung das unabhängige Tibet anerkannt.

## «Autonomie» nur auf dem Papier

Der [China-Experte Thomas Heberer](#) schreibt, dass nach Auffassung Pekings alle Völker, die bis 1911 auf chinesischem Gebiet gelebt hatten, Chinesen seien – unabhängig von deren Nationalität. Nach chinesischem Rechtsverständnis hat man 1950 denn auch nur legitime Rechte wiederhergestellt, die China wegen zeitweiliger Schwäche und Zerrissenheit zwischen 1912 und 1949 nicht auszuüben vermochte. Es gibt jedoch auch eine andere Sichtweise: Nach den Normen des heute gültigen Völkerrechts habe die Volksrepublik Tibet okkupiert, schreibt Heberer.

Seit der Flucht des Dalai Lama vor sechzig Jahren hat Peking Tibet nach han-chinesischen Vorstellungen umgestaltet und die traditionelle Kultur zu zerstören versucht. 1965 wurde die Autonome Region Tibet gegründet. Zudem gibt es in den Provinzen Gansu, Qinghai, Sichuan sowie Yunnan zwölf weitere autonome tibetische Präfekturen und Bezirke. Allerdings gilt das Wort «autonom» nur auf dem Papier.

Die Provinz und die Gebiete müssen die Vorgaben der chinesischen Zentralregierung umsetzen, und die lokalen politischen Akteure sind Peking treu ergeben. Die Herzen der Tibeter erreichen die Hanchinesen mit ihrem repressiven Vorgehen allerdings nicht. Fragt man die Bewohner in den tibetisch geprägten Gebieten, ob sie Chinesen oder Tibeter seien, erhält man in der Regel die lapidare Antwort: «Natürlich bin ich Tibeter.»

Unter den Tibetern ist der Widerstand gegen die chinesischen Besatzer nie erloschen. Die Erinnerung an die Ereignisse von 1959 schlug in Lhasa im März 2008 in Kämpfe zwischen den chinesischen Sicherheitsbehörden und Tibetern mit vielen Toten um. [Zwischen 2011 und 2013](#) verbrannten sich in den Provinzen Gansu und Qinghai zunächst zahlreiche buddhistische Geistliche aus Protest gegen die chinesische Tibet-Politik. Später schlossen sich Laien der Aktion an. Seit Anfang 2014 ist die Zahl der Selbstverbrennungen zurückgegangen. Dies ist jedoch vor allem eine Folge der sich verschärfenden Repression und der Überwachung durch die chinesischen Behörden.

## Nervosität vor dem Jahrestag

Der Fall des aus der Provinz Qinghai stammenden Tibeters Tashi Wangchuk spiegelt exemplarisch, wie schlecht es um die Menschenrechte und die Wahrung der tibetischen Kultur bestellt ist. Er wurde im Mai 2018 zu fünf Jahren Haft verurteilt, weil er zum Separatismus aufgerufen haben soll.

Sein Vergehen bestand darin, dass er gefordert hatte, in den Schulen in von Tibetern bewohnten Gebieten verstärkt die tibetische Sprache zu unterrichten. In den sozialen Netzwerken hatte Tashi Wangchuk betont, dass die meisten tibetischen Kinder ihre Muttersprache nicht mehr fließend sprächen. Das Beweismaterial der chinesischen Justiz gegen ihn bestand [laut der Menschenrechtsorganisation Amnesty International](#) vor allem in dem von der «[New York Times](#)» 2015 produzierten Dokumentarfilm «A Tibetan's Journey for Justice».

Die bei Tibet-Fragen höchst sensiblen chinesischen Behörden sind derzeit noch etwas unruhiger als sonst. [Ausländische Touristen dürfen bis Anfang April](#) nicht in die Autonome Provinz Tibet reisen. Die Sicherheitskräfte treibt die Sorge um, dass es wegen des 60. Jahrestags der Flucht des Dalai Lama und im Gedenken an die Opfer der Proteste im März 2008 zu Demonstrationen in Lhasa kommen wird. Solche Bilder würden nicht ins Bild der von Peking propagierten heilen tibetischen Welt passen.